

Natalie Rickli und die Straftäter

Sicherheit und Gerechtigkeit — aber für wen und wie?

Die Zürcher SVP-Nationalrätin hat sich am Freitag sozusagen in die Höhle des Löwen gewagt und mit Strafvollzugsexperten diskutiert. Zu einer Annäherung ist es allerdings nicht gekommen.

BRIGITTE HÜRLIMANN

Da sitzt sie also aufrecht und freundlich lächelnd vor versammeltem Publikum und weiss, dass sich diese 150 Frauen und Männer aus der ganzen Schweiz eineinhalb Tage lang intensiv mit Fragen zu «Strafen ohne Augenmass» auseinandergesetzt haben. Es sind Leute, die in Gefängnissen arbeiten, Richterinnen, Anwälte, Gutachter oder Mitglieder von Vollzugsbehörden. Natalie Rickli stösst am Freitagmorgen zu ihnen, hört sich zwei Referate an, blättert im Programm, macht sich letzte Notizen und wird dann vom Direktor der Paulus-Akademie, Hans-Peter von Däniken, gefragt: «Frau Rickli, was treibt Sie an? Was ist Ihre Motivation? Warum all die Vorstösse zur Verschärfung des Strafrechts?»

Es ist nicht das erste Mal, dass die SVP-Nationalrätin derlei gefragt wird, und ihre Antworten kommen ohne Zaudern, ohne Nachdenken, ohne Zweifel: «Ich möchte die Bevölkerung schützen. Wir haben es in der Hand, das Risiko zu minimieren. Es braucht Taten statt Worte. Ich bin gegen Resozialisierung um jeden Preis. Nicht nur die Täter, auch der Rest der Bevölkerung hat Rechte. Die Täter sollen zwar eine zweite Chance bekommen, aber dann . . .»

Das klingt natürlich gut, und wer wollte solch hehren Absichten widersprechen? Die Strafrechtsexperten, die sich zur jährlichen Tagung in der Zürcher Paulus-Akademie getroffen haben, unternehmen diesen schier aussichtslosen Versuch, manche von ihnen schon seit Jahren und Jahrzehnten. Sie treten mit vielen Argumenten und mit statistischen Angaben an - und werden fast nicht gehört. Der Ruf nach Sicherheit übertüncht alles, die Kehrseite der Medaille - ein überbordender Präventionsstaat, der Verlust von Freiheitsrechten, die übermässige Inhaftierung von Ungefährlichen - wird kaum zur Kenntnis genommen. «Ich will nicht in einem absurden Präventionsstaat leben», entgegnet der Grüne Daniel Vischer seiner Nationalratskollegin, und Hanspeter Uster, ehemaliger Zuger Sicherheitsdirektor, zitiert den UBS-Chef Sergio Ermotti, der Folgendes sagte: «Absolute Sicherheit gibt es nicht im Leben.»

Also nicht in der Wirtschaft - und eben auch nicht im Strafrecht. Uster sieht in der Angst das Haupt-



Vergitterte Zellenfenster in der Strafanstalt Pöschwies in Regensdorf

GORAN BASIC / NZZ

hindernis für eine vernünftige Kriminalpolitik. Doch ist die Kriminalpolitik in der Schweiz unvernünftig? Die Zahlen sprechen dagegen. «Die Schweiz ist ein sicheres Land», konstatiert Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor im Kanton Bern. FDP-Politiker Käser warnt vor wilder Hektik und widerspricht Natalie Ricklis Behauptung, im Strafvollzug wolle niemand die Verantwortung übernehmen, wenn etwas schief laufe - was zwar selten passiert, aber dann zu grossem Aufruhr führt.

In ihren jüngsten Vorstössen fordert Rickli die automatische Verwahrung von rückfälligen Straftätern, ein Verbot von Hafturlauben und Ausgängen für Verwahrte oder eine bedingte Entlassung für Verwahrte nur «bei praktischer Sicherheit»; was immer das bedeuten mag. In einem weiteren Vorstoss verlangt die SVP-Nationalrätin, dass die Vollzugsbehörden persönlich da

für haften sollen sollte es zu Rückfällen von Sexual- und Gewaltstraftätern kommen. Der Berner Strafrechtsprofessor Jonas Weber spricht von einer verschuldensunabhängigen Kausalhaftung für all jene, die im Strafvollzug Entscheide treffen: «Der Rückfall macht die Entscheidung im Nachhinein zum Fehlentscheid.» Der Vorstoss sei problematisch, handle es sich doch um einen krassen Verstoss gegen die Unabhängigkeit der Justizorgane und um eine Verletzung des Verhältnis mässigkeitsprinzips.

Verhältnismässigkeit kann mit Augenmass gleichgesetzt werden. Wer dies im Strafrecht einfordert, hat einen schweren Stand. Ob jedoch die ange-dachten Verschärfungen zu mehr Sicherheit führen, bleibt umstritten. Die Zahlen oder ein Blick auf die Situation in anderen Ländern mit scharfen Strafrechtsregeln sprechen klar dagegen.